

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Mollsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postfraktionen
franko gegen franko.
Gedruckte Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Reichsbank)
Fr. 2 — für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reichsbank).
Inserte
die dreizehnpennige Zeitzeile
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 19.

Donnerstag, 7. Mai

1885.

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich vertrieben ist, bezug verfolgt wird und die hiesigen
Verhältnisse sich aber nicht geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, wird dieser nun dort an und
nach unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzugeben, so ist die künftige Besorgung nach demselben und
nach keine Besorgungsmöglichkeit verweigert werden, die Briefmarken über den wahren Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schädigen. Hauptverpflichtung ist hierin einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verleger, welche sich dann mit uns in Verbindung setzen; andererseits aber, daß
diese als möglichst unverfängliche Zuschriften abzugeben. In zweifelsfällen können empfiehlt es sich, daß die Briefe
Sicherheit Reformbewegung. Somit an uns liegt, werden wir gewiß keine Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Getäuschte Erwartungen.

Aus einigen der Zuschriften, welche der „Sozialdemokrat“ in
letzter Zeit veröffentlichte, sprach — wir halten die Taktik des
Verfahrens für ebenso schädlich als unwürdig — ein Gefühl
der Enttäuschung über die bisherige Thätigkeit unserer Vertretung
im Reichstag.

Es ist keine neue Erscheinung. In unserer raschlebenden
Zeit vergißt man auch rasch, und so haben die meisten unserer
Genossen es vergessen, daß während der ersten Session der
vorigen Legislaturperiode, also nach den Wahlen von 1884,
genau dasselbe Gefühl in den Kreisen der Parteigenossen zum
Ausdruck kam.

Wer den „Sozialdemokrat“ aus den ersten Monaten des
Jahres 1882 durchliest, wird sich hiervon überzeugen, und er
wird dort auch den natürlichen Erklärungsgrund angegeben
finden.

Eine Wahl bringt alle Kräfte der Partei ins Spiel, sie erzeugt
eine gewisse Exaltation, entfacht die Leidenschaften und spornet
jeden Einzelnen zu außergewöhnlichen Anstrengungen. Auf jede
außergewöhnliche Anstrengung folgt aber naturgemäß eine gewisse
Abspannung. Und da diesmal die Anstrengung eine gewaltigere
war als 1881, mußte auch die Abspannung eine größere sein.
Und die Abspannung bedingt ein Gefühl des Mißbehagens, der
Unzufriedenheit.

Dazu kommt, daß von sehr vielen Wählern die Bedeutung
eines Wahlsieges überschätzt zu werden pflegt. Sie knüpfen an
denselben Hoffnungen, die unmöglich erfüllt werden können, und
deren Nichterfüllung ein Gefühl der Enttäuschung hervorbringen
muß. Da unsere Wahlsiege im vorigen Jahre zahlreicher und
durchschlagender waren als 1881, so waren bei langjährig
Wählern auch die an diese Siege geknüpften Hoffnungen ent-
sprechend höher gespannt.

Nicht daß wir sagen wollten, irgend einer unserer Genossen hätte
sich in den albernen Wahn gewiegt, die Verwirklichung unseres
sozialdemokratischen Programms sei nun in unmittelbare Nähe
geträkt. Aber soviel steht fest, daß in ziemlich weiten Kreisen von
Parteigenossen eine Art Siegesrausch herrschte, der durch die
bürgerliche Presse systematisch genährt wurde. Theils aus Be-
rechnungen, theils aus Verblüfftheit überschätzten sämtliche gegen-
wärtige Parteien unseren Wahlerfolg, und gerade diejenigen Zeitun-
gen, welche — seit das Sozialistengesetz die Parteipresse in
Deutschland zerstört hat — von unseren Genossen am meisten
gelesen werden, brachten Tag für Tag Artikel über die gesteigerte
Wachsthum unserer Partei, über den Einfluß, welchen wir nun,
seit wir „Fraktion“ geworden und zur parlamentarischen Män-
digkeit gelangt seien, im Reichstag ausüben würden, und über
die neuen Vortheile, welche die verdoppelte Zahl der Mandate
unseren parlamentarischen Vertretern aufserlegte.

Es läßt sich nicht leugnen, daß mancher unserer Genossen, und
namentlich auch solche, welche den Parlamentarismus prinzipiell
verurtheilen, von unseren Abgeordneten parlamentarische Leistungen
erwarteten, wie man sie früher nie erwartet hatte. Und man
wird sich erinnern, daß wir gleich zu Anfang der Session vor
aberschwänglichen Hoffnungen warteten und auseinanderfetzten,
daß die vermehrte Zahl der Abgeordneten zwar die Summe unserer
parlamentarischen Arbeiten, aber nicht unseren Einfluß auf die
Gesetzgebung vermehrt habe.

Daß wir Recht hatten, wird inzwischen den Meisten klar ge-
worden sein — freilich nicht Allen, denn sonst hätten die Neuge-
bungen, von denen wir zu Anfang sprachen, nicht vorkommen
können.

Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, glauben wir behaupten
zu können, daß die Thätigkeit unserer Abgeordneten, ganz abge-
sehen von der ungleich größeren Summe der geleisteten Arbeit,
in qualitativer Hinsicht hinter der Thätigkeit keiner frühe-
ren Session zurückgeblieben ist. Nicht alle Menschen sind geborne
Redner, nicht alle Redner können gleich sein, und in unserer
Fraktion herrscht die schöne demokratische Sitte, jedem Mitglied
Gelegenheit zum Reden zu geben. Eines Vortheiles gegen das
Prinzip und das Programm hat, unserer ehrlichen Ueber-
zeugung nach, kein Fraktionsmitglied in irgend einer Reichstags-
Rede sich schuldig gemacht. Wer anders glaubt, der weise es
nach!

Was speziell den Vorwurf des Eintritts in den „Senioren-
Konvent“ betrifft, so sei hier nur bemerkt, daß ausschließlich
praktische Motive den Ausschlag gaben, und daß es sich nicht
um Rechnungsträger, sondern um eine — nach Ansicht sämtlicher
Fraktionsmitglieder mit bloß drei Ausnahmen — durch die Ver-

hältnisse gebotene Konsequenz unserer seit Bestehen der
Partei befolgten parlamentarischen Taktik handelte.

Jedenfalls ist es ungerecht, die Fraktion dafür verantwortlich
zu machen, daß einzelne unserer Parteimitglieder über den Par-
lamentarismus im Allgemeinen und über die parlamentarische
Thätigkeit der Sozialdemokratie im Besonderen noch mit irrigen
Vorstellungen behaftet sind. —ml.

Zur Erläuterung des sozialistischen Programms.

Der Umstand, daß die Produktionsmittel (Geräthe, Maschi-
nen, der Grund und Boden) immer mehr Gegenstände kollektiven
Betriebs werden, daß heißt ein Zusammenwirken vieler erscheinen,
während sie Eigentum Einzelner bleiben, hat zwei Wirkungen
zur Folge: die immer größere Anhäufung von Produkten in den Hän-
den von Nicht-Produzenten (Kapitalisten) und das mit der Zunahme
der Produktion wachsende Elend der beschloßen wirklichen Produzenten
(der Arbeiter).

Denn die eine Thatsache, daß die Arbeiter die Arbeitsmittel nicht ihre
eigen nennen, die sie gemeinsam zur Produktion, zur Herstellung neuer
Güter, in Bewegung setzen, bewirkt, daß alle Werthe, die sie schaffen,
ihren Händen entschleppen, und daß ihnen aus dem Ertrage ihrer Produktion
nur soviel zufließt, als sie zur Fristung ihres Daseins und zur Fort-
pflanzung ihrer Rasse bedürfen. Und diese Unterhalts- und Fortpflanzungs-
kosten, die den Lohn bilden, suchen die Besitzer obenbreiten immer
mehr herabzubrüden, da dies das einzige Mittel ist, ihre Profite zu
steigern.

Aus diesem Grunde verlängern sie auch den Arbeitstag so viel
als möglich, und haben sie ihn schließlich bis zu einer solchen Länge
hinausgeschraubt, daß sogar Bourgeoisregierungen Gesetze erlassen mußten,
die dieser Verschwendung menschlicher Arbeitskraft eine Grenze setzten.
Aus dem Konkurrenzkampf, der unter den Industriellen wüthet, gehen
diesem als Sieger hervor, die — werden nicht bezahlte Arbeit aus
ihren Arbeitern herauszuziehen verstehen. Denn indem sie auf diese Art
die Herstellungskosten vermindern, sind sie in der Lage, billiger liefern
zu können und den Markt zu monopolisiren. (Diese im Konkurrenzkampf
erzielte Monopolstellung auf dem Markte nennt man in der Sprache der
Bourgeoisie ein „natürliches Monopol“, im Gegentheil zum Staatsmonopol.)
Es ist daher den etwaigen „guten Chéfs“ geradezu unmöglich,
über ein fast lächerliches Maß hinaus die Lage ihrer lebenden Maschinen
zu verbessern. Aber weit entfernt, sich mit einer solchen Verbesserung
zu beschäftigen, sind die Herren Prinzipale stets bei der Hand, den Ar-
beitern ihre Faulheit vorzuwerfen und sie zu beschuldigen, daß sie durch
ihre „übertriebenen Ansprüche“ die nationale Industrie ruiniren.

Im Weiteren haben die Fabrikanten, um den Preis der Arbeitskraft
herabzubrüden, erst für Frauen und dann die Kinder in ihre Fabrikhäuser
geschleppt, wo sie verkommen. Frauen und Kinder waren billigere
Werkzeuge, und deshalb wurden sie, ob freiwillig oder mit
Gewalt, in das industrielle Getriebe hineingezogen, während man, um
die Scheußlichkeiten der kapitalistischen Ausbeutung zu maskiren, die weder
auf Geschlecht noch Alter Rücksicht nimmt, mit echter Bourgeois-Philan-
thropie nun davon sprach, den Wohlstand der Arbeiterfamilie vermehren
zu wollen.

Die Verbesserungen und Bervollkommnungen im Fabrikationsme-
chanismus haben keinen anderen Beweggrund. Jedemal, wenn durch die-
selben die Arbeit vereinfacht und infolgedessen produktiver gemacht wird,
sind die Fabrikanten in der Lage, an einem Theil ihres Personals zu
„sparen“, und den geschickten und als solchen besser bezahlten Arbeiter
durch den Handlanger zu ersetzen, oder an die Stelle der Männer Frauen
und Kinder zu setzen.

So wirkt die Maschine, die verbesserte Technik, fortgesetzt Arbeiter aus
der Werkstatt aufs Pflaster. Und diese beschäftigungslosen Arbeiter werden
durch den Hunger getrieben, zu jedem Preis Arbeit anzunehmen, und
dienen so wider Willen als Mittel zur Herabdrückung der Löhne
ihrer in Thätigkeit gebliebenen Kameraden. Die schließliche Folge ist die
Bildung einer industriellen Ueberbevölkerung — einer
Reservearmee für die Zeiten stottern Geschäftsganges, einer Reserve-
armee, der jeder Arbeiter, sobald und solange er arbeitslos ist, ange-
hört, und mit Hälfte deren in gewöhnlichen Zeiten der Lohnsatz verflucht
und die Arbeitszeit verlängert werden kann. Und wenn die indu-
strielle Ueberbevölkerung eines Landes einmal nicht aus-
reicht, so sei man unbesorgt, — dem Kapitalisten, dessen Internationalität
ebenso kraftlos ist, wie die des Arbeiters kraftlos, bleibt stets das immer
mehr in Anwendung kommende Mittel, sich im Ausland umzusehen und
aus dem Reservoir der am Hungertuch nagenden Bevölkerung
Italiens, Rußlands, Oesterreichs — wenn nöthig China's — die „Hände“
zu holen, deren er bedarf, um den Preis der Arbeitskraft zu verringern
und seine Landeskasse auszufüllern.

Die allgemeine Einführung und Bervollkommnung der automati-
schen (d. h. gewissermaßen selbst arbeitenden) Maschine, die mit den
Produkten die Profite der Kapitalisten verhundertfacht hat, hat den um
Lohn arbeitenden Produzenten nur einen Zuwachs an Arbeit und Ent-
behrungen gebracht. Je mehr Reichthümer die letzteren für ihre Herren
geschaffen, um so größerer Elend haben sie für sich geschaffen. Immer
größer wird der Unterschied zwischen dem, was sie produziren, und dem,
was sie in der Lage sind, zur Konsumtion zu verwenden: ihrem Lohn,
der auf den absolut notwendigen Lebensunterhalt beschränkt ist. Je
mehr sie produziren, um so weniger sind sie in der Lage, ihre Produkte
anzufaufen zu können.

Die Beraubung der Arbeiter, auch der gewerblichen, ändert
an diesen Resultaten nichts, sondern wirkt in derselben Richtung. Das
lebendige Werkzeug, die Arbeiterklasse, wird vervollkommnet und in den
Stand gesetzt, dieselbe Arbeitsleistung, sowohl was die Menge, als was
die Güte anbelangt, in kürzerer Zeit zu leisten: die Vermehrung der
Produkte geschieht nur auf Kosten der, weiteren Arbeitsstunden preis-
gegebenen Produzenten.

Und das Gleiche wird der Fall sein mit allen Fortschritten, welcher
Art sie auch sein mögen; sie werden sich solange gegen die Arbeiter
lehnen, als das Lohnsystem dieselben zur Rolle von Werkzeugen in den
Händen der Besitzer der Arbeitsmittel verurtheilt, das heißt: so lange,
als sie sich nicht im Besitz der Produktionsmittel (Grund und

Boden, Maschinen, Fahrzeuge, Banken u. s. w.) be-
finden.

Die produzierende Klasse*) wird erst frei sein, d. h. Herrin ihrer selbst
und alles dessen, was sie geschaffen, wenn sie die individuelle
Aneignung der Produktionsmittel beseitigt und an ihre Stelle
die kollektive oder soziale Verwaltung gesetzt hat.

Briefe aus der Reichshauptstadt.

Berlin, 28. April 1885.

„Die Verfahrenheit der sozialdemokratischen
Partei“ ist jetzt das stehende Lieblingswort der Presse unserer
Genossen. Endlich, so jubelt der Chorus der Feinde, endlich ist die
Stramme, bisher für undurchdringlich gehaltene Diskonin der Sozialdemo-
kratie erschüttert, und in ihre bisher so einheitliche Organisation der
Reim der Zweitracht geworfen!

Und warum der Jubel? Weil in Bezug auf gewisse Vorkommnisse im
Schooße der Partei zwischen der Fraktion und einigen Mitgliedern eine
Differenz zu Tage getreten ist. Nun — diese Differenz ist bereits bei-
gelegt, wie das unter Genossen sich gehört, und der Jubel der Feinde
wird bald verstummen, wie er nach den „Differenzen“ bezüglich der
Krankenkassen, der Sozialreform und wer weiß noch welcher anderen
Fragen hat verstummen müssen.

Wir wollen uns aber mit der letzten Differenz doch einigermaßen be-
schäftigen und unseren Gegnern eine kleine Lektion geben. Die Sozial-
demokratie ist eine demokratische Partei. Innerhalb ihres Pro-
gramms erkennt sie ihren Mitgliedern unbedingt das Recht der absoluten
Meinungsfreiheit und der absolut freien Meinungsäußerung zu.
Schablonenmäßiges Denken gibt bei uns nicht. Wir haben keine Parteipäp-
päfte, die à la Bismarck, Richter, Windthorst u. s. w. für ihre
Parteien und gläubigen Anhänger denken, reden und handeln. Bei
uns denkt Jeder, wie sein Hirn es verlangt, und spricht Jeder, wie der
Schabel ihm gewachsen ist. Da es nun keine zwei Hirne gibt, die ganz
gleich denken, und keine zwei Individuen mit ganz gleichen Anschauun-
gen und Charakter-Eigenschaften, so versteht es sich von selbst, daß in
unserer Partei, der man lächerlicherweise Unterdrückung der Individuali-
täten vorwirft, die größte Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Auf-
fassung herrscht. Und diese Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit bildet
ein wesentliches Element unserer Stärke, weil sie eine größere Summe
von Kraft ausdrückt, als bei schablonenmäßigem Denken und Unent-
wickeltheit der Individualitäten möglich wäre; allein sie führt auch
naturgemäß zu „Differenzen“ — Differenzen theoretischer Art und
Differenzen persönlicher Art. Die letzteren werden befänglich, echt
demokratisch, durch Schiedsgerichte geschlichtet; die ersteren kommen im
Parteiorgan zum Austrag. Wo das Schiedsgericht und die Diskussion im
Parteiorgan nicht ausreichen sollte, würde als oberste Instanz der
Partei Kongress zu entscheiden haben.

In Bezug hierauf herrscht vollständige Einmütigkeit in der Partei,
und seit der Verkündung des Sozialistengesetzes ist, mit einziger
Ausnahme des Falles Rittinghausen, kein Fall vorgekom-
men, in welchem die Differenzen nicht gütlich geschlichtet worden wären.
Allein unsere Partei ist nicht bloß eine diskutirende, theoretisirende,
kritisch forschende Partei, sie ist auch eine kämpfende Partei, die
allen übrigen Parteien in permanentem Kampfe gegenübersteht
und nur durch straffe Disziplin sich den Sieg sichern kann. Und wäh-
rend die Theorie und die Praxis forschend die absolute Freiheit
erheischen, erheischt die Praxis und das taktische Handeln die
Einschränkung der persönlichen Freiheit zum Vortheil
der Allgemeinheit, die Unterordnung des Individuums unter das Partei-
Interesse.

Auch in Bezug auf diesen Punkt herrscht vollständige Einmütigkeit
der Genossen. Jeder Genosse weiß, daß sein erfolgreiches Handeln mög-
lich ist, wenn nicht nach gemeinsamen, einheitlichem Plan, mit selbst-
losem Zusammenwirken der individuellen Kräfte gehandelt wird. Gerade
dem Umstand, daß unsere Genossen dies so vollständig begriffen haben
und daß es ihnen in Fleisch und Blut übergegangen ist, verdanken wir
es, daß persönliche Intricken und Rivalitäten, wie sie in anderen
Ländern um Schaden der Bewegung vorgekommen sind, zum Heile
unserer Sache in Deutschland nicht vorkommen konnten.

Die „Erklärung“ der Fraktion in Nr. 14 des Organs richtete sich
nicht gegen kritisch-theoretische Ausführungen, sondern gegen einzelne
Meinungen und Kundgebungen, in welchen die Mehrheit der Fraktion
einen taktischen Vorstoß zu erblicken glaubte. Ob sie Recht hatte,

*) Nodrigens wird nicht nur die Arbeiterklasse ihre Freiheit durch diese
Umänderung erlangen, dieselbe wird die gesamte Gesellschaft —
die Kapitalisten — mögen sich heute für frei halten, aber sind sie es
wirklich? Sie sind nicht einmal Herren ihrer Person, die stets von den
Epidemien (Typhus, Cholera u. c.) bedroht ist, welche das Elend der
arbeitenden Klasse erzeugt und verbreitet. Ihre politische Freiheit ist
keine gesicherte, Dank der blinden passiven Gewalten, welche in der
Form von Armeen, Behörden, Polizei u. c. gegen die „Aus-
schreitungen“ der Massen unterhalten und stetig vermehrt werden müssen,
und die sich als williges Werkzeug jedes Staatsverheeres, jeder politischen
Unterdrückung hergeben. Und was ihre Reichthümer anbelangt, diese je
größer, um so ungerechter erworbenen Vermögen, an welche sie sich
klammern wie Schiffbrüchige an das letzte Ueberbleibsel ihres Fahrzeuges,
entgleiten sie nicht oft genug ihren Händen — sei es durch Konversionen
oder durch Zinsreduktionen, diesen haben Bankrotts, durch Krachs, durch
„leichtfüßige“ Kooakaten und durch die Unersättlichkeit der
„Kana's“, dieser Vergeltung für die erzwungene Prostitution der Töchter
und Frauen des Proletariats?

Aber mag man auch der Klasse der Bourgeois, die durch Bankrotts
(über 8000 pro Jahr) desimirt und durch industrielle Krisen ruiniert
werden, nachweisen, daß sie ebenso wie die Arbeiterklasse in der kommu-
nistischen oder kollektivistischen Gesellschaft besser fahren werden, man
wird doch nie auf ihre Mitwirkung zur Verbeiführung derselben zu
rechnen haben, so wenig als der Adel, der doch in seiner Eigenschaft als
besitzende Klasse durch die bürgerliche Revolution Vortheile zugewiesen
erhielt, diese — wir sagen nicht einmal begünstigte, sondern auch nur
gewöhnten, „passiren“ ließ.
Die bevorrechteten Klassen haben sich stets unfähig erwiesen, ihre
augenblicklichen und schwindenden Interessen dem wirklichen und dauernden
Interesse ihrer Angehörigen zu opfern. Man mußte sie wider ihren
Willen befreien — auf revolutionärem Wege.

as sei hier nicht erörtert, — wir wollten bloß den Sachverhalt feststellen.

Zum Schluß noch für die Herren ein Wort: Differenzen werden auch in Zukunft bei uns nicht ausbleiben. Unsere Partei müßte sonst geistig todt sein. Auch in Zukunft werden die Geister bei uns auf einander schlagen: das Parteigefühl und das Klassenbewußtsein unserer Genossen werden dafür sorgen, daß alle Differenzen der Partei zu un Rügen gereichen und das uns umschlingende Band brüderlicher Solidarität festigen werden.

In diesem Wunsch und diesem Gedanken wissen wir uns Eins mit jedem unserer Genossen.

Im Reichstag schleppen die Zolltarif-Debatten sich endlos dahin. Debatten? Von Debatten kann man da eigentlich gar nicht reden. Es handelt sich um die Ausplünderung des Volkes. Die Ausplünderer alle zusammen, oder anders ausgedrückt: die Vertreter der bestehenden Klasse, welche die Kasse der Gesetzgebung in der Hand haben, bilden eine wohlorganisirte Plünderergesellschaft (vielleicht denkt Mancher an den weniger parlamentarischen Ausdruck *Räuberbande*) und betreiben „das Geschäft“ mit Methode. Günstiger hat die „Interessenpolitik“ und Klassenpolitik sich niemals und in keinem Lande als die reine Ausplünderpolitik hingestellt. Kein Zeitungsblatt mehr, das die Scham zu verfallen hätte. Es ist keine zu verfallen. Die Selbstsucht spreizt sich in ihrer häßlichen Blöße und ist stolz darauf, daß sie das Feuchtergewand abgelegt hat und in ihrer wahren Gestalt da steht. „Gründe“ brauchen die Herren Ausplünderer nicht; sie plündern eben aus, das ist ihr Geschäft, und der „arme Mann“ muß es sich gefallen lassen.

Der „arme Mann!“ Wie haben ihn seine „Anwälte“ kajolirt und umschmeichelt! Wie haben sie ihm den Bart gestrichelt und ihm die goldenen Berge der Allermehrbegüterung und Sozialreform versprochen! Wir wußten von Anfang an, und sagten es, was hinter diesen Bartschneitern verborgen war. Jetzt sieht es auch der Blödsinn. Gleich jenen Spitzbuben, die ihr Opfer durch Liebesreden in Sicherheit fällen, um es desto besser bestehlen zu können, haben die „Anwälte des armen Mannes“ ihn nur darum umfodert und mit Liebeserklärungen überhäuft, um seine Aufmerksamkeit von ihren begehrlichen langen Fingern abulenken, und ihm das Fell desto gründlicher über die Ohren zu ziehen.

Die sogenannten „Debatten“ sind von einem trostlosen Einerlei. Unsere Genossen fanden nur selten Gelegenheit zum Eingreifen. Erwähnt sich hier nur der eingehenden Rede, die Genosse Sador über die Schieferzölle hielt, und in der er die Praktiken der Herren Spekulanten und „Anwälte des armen Mannes“ an den Pranger stellte und die Betrügereien ziffermäßig nachwies.

Es ist jetzt ziemlich sicher, daß die Session sich bis gegen Pfingsten ausdehnen wird. Das Zentrum hat nämlich, um seine von Tag zu Tag hochbeimigter werdenden Wähler durch einen hingeworfenen Broden zu beschwichtigen, im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag (Antrag Quene) eingebracht, demzufolge der Antrag der Kornzölle zur Entlastung der Kreise und Gemeinden verwandt werden soll. Dadurch hofft das Zentrum dem katholischen Volk, das über die Brodvertheurer mit Recht erbost ist, den Mund stopfen zu können. Für den Moment wird's ja wohl auch gelingen. Auf die Dauer sicherlich nicht. Mit Bezug auf den Antrag Quene hat nun das Zentrum beschlossen, nicht eher in die dritte und entscheidende Lesung der Kornzölle (die ein Theil der Zolltarif-Novelle sind) einzutreten, als bis derselbe endgültig angenommen und Gesetz geworden ist. Jetzt hat er aber erst im Abgeordnetenhaus die erste Lesung passiert. Um Gesetz zu werden, muß er im Abgeordnetenhaus noch zwei weitere Lesungen durchgemacht haben, vom Herrenhaus ebenfalls in drei Lesungen angenommen und schließlich von der Regierung sanctionirt sein. Und diese verschiedenen Stadien erreichen, bei größter „offenartiger“ Geschwindigkeit, so viel Zeit, daß dann vor den Pfingstferien höchstens noch ein paar Tage übrig sind. Und die dritte Lesung nimmt mindestens 8 bis 10 Sitzungen in Anspruch.

Nachschrift. Der Senioren-Konvent, d. h. der Ausschuss sämtlicher Fraktionsvorstände des Reichstags, hat sich dahin schlüssig gemacht, daß die Session, wenn irgend möglich, vor Pfingsten beendet werden soll. Selbstverständlich müßten dann die Arbeiten über's Anie gebrochen, und ein Theil der Gesetzentwürfe, z. B. besonders das Gesetz zur Ausdehnung des Anfallgesetzes auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Arbeiterschutzgesetze, ganz über Bord geworfen werden. Es fragt sich nun, ob die Regierung einverstanden ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist sie es.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 6. Mai 1885.

Der Starke weicht mutbig einen Schritt zurück. Kaum zeigt es sich, daß die Engländer in der That entschlossen sind, es auf einen Krieg mit Rußland ankommen zu lassen, kaum hat das englische Parlament durch sein einstimmiges Votum des von Gladstone geforderten 11 Millionen-Kredits zu erkennen gegeben, daß dieser im Kampfe mit Rußland das ganze englische Bürgerthum hinter sich haben würde, so bläßt man ruffischerseits schon aus Leibeskräften in die Friedensschale, und diesmal, wie es scheint, ernsthaft. Nach den neuesten Nachrichten sollen die Friedensausichten sich sehr gebessert haben.

Uns kann's recht sein. So oder so, die Tage des russischen Parismus sind gezählt.

Pharisäerthum. Es ist eine unzählbare Ironie, daß die deutsche mordpatriotische Presse noch immer ein moralisches Lobesurtheil über England und die Engländer zu fällen vermeint, wenn sie von ihnen als von einem *Krämer* oder *Politik* spricht, während gerade die ganze innere und äußere Politik des deutschen Reiches fast ausschließlich von den engherzigsten Krämerarräskeln bestimmt wird. Suchte doch die brave „Ahnische Zeitung“, dieses Rußerorgan der „idealen“ Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie, erst neulich wieder ihrem Publikum die Vortheile, welche der deutsche — *Krämer* von einem russisch-englischen Kriege ziehen könnte, im appetitlichsten Dichte darzustellen, nur um demselben die ruffenfeindliche Politik Bismarcks plausibel zu machen, für die allerdings keine anderen Gründe sprechen als Krämerarräskeln. Es fällt uns gar nicht ein, uns zu Vertheidigern der englischen Bourgeoisie aufzuwerfen zu wollen, dort wie hier ist der Schacher, der Profit, das Lebenselement der Ausbeuterklasse, der treibende Faktor für ihre Stellungnahme im öffentlichen Leben. Aber es gehört in der That die ganze Unseligkeit und Verlogenheit der edlen Köhnerin dazu, in demselben Moment über die englischen Krämer entzückt zu thun, wo im Reichstag des „idealen“ Volkes der Denker der niederrückigste Schacher- und Krämergeist wahre Orgien feiert. Man mag über das englische Freihändlerthum denken, was man will, das wird Niemand läugnen können, daß dem konsequenten Freihändler wenigstens ein großartiger Gedanke zu Grunde liegt, für das Schutzvölkerthum, wie es sich zur Zeit im deutschen Reichstage breit macht, paßt aber wirklich nur eine Bezeichnung: *Schutzvölkerthum*.

Der Köhner ist übrigens für ihre abgeschmackten Ausfälle jüngst eine verdiente Lektion zu Theil geworden. Wir lesen darüber in der Berliner „Volkszeitung“:

„Die „Ahnische Zeitung“ weiß in der That Abwechslung in ihre Schmähsagen Englands zu bringen. Heute schreibt sie: „Man konnte während der englisch-russischen Vermittelung eine Beobachtung machen, welche für den launenhaften Instinkt der englischen Politiker schmeichelhafter ist als für ihren sittlichen Ernst. War es Zufall, war es Berechnung, genug, jedesmal gegen Monatschluß, wenn die große Vorkonferenz herannahte, erreichte das Kriegsschiff in England seinen Höhepunkt: da stakerten Enten aus über den Vormarsch russischer Truppen im Turkenlande und Hetzt wurde als bedroht dargestellt. Einige Tage später und die kriegerische Wuth fing plötzlich

an zu verdammen, die erfundenen Nachrichten werden verleugnet und die durchschnittliche Temperatur tritt wieder in ihr Recht. So scheint es auch an dieser Monatswende wieder zu gehen.“

Nun ist es interessant, daß fast gleichzeitig mit dieser geschmacklosen Denunziation die (ruffenfeindliche!) „Neue Preussische Zeitung“ einen Artikel brachte, in dem sie behauptete, daß gewisse Nachrichten einzelner Zeitungen betreffs der englisch-russischen Verhandlungen im Interesse bedeutender Finanzkräfte lancirt seien. Sie nennt als ein solches, dem schmutzigen Vorstreifen dienendes Blatt, die — „Ahnische Zeitung“. Die „Ahnische Zeitung“ thäte also gut, zunächst vor ihrer eigenen Thür zu kehren und sich von den gegen sie erhobenen Anschuldigungen zu reinigen, ehe sie nach dem Splitter in des Nachbarn Auge sucht. Jedenfalls kann sie aus diesem Vorkommniß die Lehre ziehen, daß es immerhin gut ist, mit so niedrigen Anschuldigungen vorsichtiger zu sein.“

Wohl bekomms', edles Weltblatt!

— Aha! Die nationalliberale „Eberfelder Zeitung“, die bisher pflichtgemäß im Fahrwasser der Bismarck'schen Zoll- und Wirtschaftspolitik segelte, brachte vor einigen Tagen einen fulminanten Artikel gegen die von den Agrariern im Reichstage geforderte Erhöhung der Fleisch- und Viehzölle.

„Wenn die bisherigen Zölle“, heißt es da, „völlig ausreichend gewesen sind, um die Viehzucht in Deutschland, und namentlich die Rindviehzucht, „gewaltige Fortschritte“ (konstatirt in einem Bericht des preussischen Ministers der Landwirtschaft) machen zu lassen, so deuten gewisse Thatsachen darauf hin, daß in dieser Beziehung vielleicht sogar schon zu viel geschehen ist. Der Absatz der deutschen Volkereiprodukte entspricht kaum noch der Produktion! Durch alle landwirtschaftlichen Zeitungen geht die Klage über ein massenhaftes Angebot von Volkereiprodukten und sinkende Preise derselben. Und hier kann von einer ausländischen Konkurrenz, welche die Preise verdränge, gar keine Rede sein. Es ist die Kaufunfähigkeit des Volkes, und namentlich die Preise drückt! Kann man hoffen, diese durch höhere Zölle auf eingehendes Rindvieh zu besitzigen?

„Ähnliches gilt von dem Verbrauch von Fleisch. Die Befürworter höherer Zölle auf Schweine, Schmalz, Speck, Schmalz u. s. w. argumentiren, die bisherigen Zölle hätten keine Vertheuerung ergeben, und so würden auch die höheren Zölle alle derartigen Preissteigerungen zu Schanden machen. Es ist richtig, und ebenso auffällig wie richtig, daß die bisherigen Zölle sammt den Einfuhrverboten keine merkbare Vertheuerung des Fleisches hervorgebracht haben. Was aber folgt daraus? Doch nichts anderes, als daß die zahlungsfähige Nachfrage nach Schweinefleisch, Speck, Schmalz u. s. w. abgenommen hat. Wäre diese Nachfrage gestiegen oder nur gleich geblieben, so hätten bei abnehmendem Angebot (in Folge der Einfuhrbeschränkung) die Preise nothwendig steigen müssen. Also auch hier wieder zeigt sich die Abnahme der Kaufkraft im Volke als der wahre Grund des Rothstandes der Landwirtschaft. Ist dies so, wie will man hoffen, dem Uebel durch Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte abzuhelfen? Die Preise des Fleisches, der Milch, des Schmalzes sind den städtischen Arbeitern schon jetzt zu theuer, und nur eine Politik, welche den Arbeitslohn erhöht, könnte den Landwirthen in Wirklichkeit nützen.“

Diese Ausführungen stehen in einem so kritischen Gegensatz zu den bisherigen Dogmen der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik, daß wir es begreiflich finden, wenn das „Berliner Volksblatt“ sich in einer Besprechung derselben zu dem Ausruf veranlaßt sieht: „Sollte dieser Fond (der Reptilienfonds) seinen Weg nicht mehr zum äußersten Westen unseres Vaterlandes finden?“ Indeß glauben wir, daß sich für die plötzliche Vertheuerung der Eberfelder eine naheliegendere Erklärung finden läßt, als die gräßliche Hypothese, daß derselbe über ihrem Chefredakteur, Dr. Cajus Köler, der Brodlord des Reptilienfonds höher gehängt worden sei.

Kann vergesse nicht, daß die Eberfelderin nicht nur ein nationales Volksblatt, sondern auch das Mundstück der hohen Eberfelder Bourgeoisie ist. Diese, die Creme der dortigen Fabrikantenwelt, ist zwar für recht hohe Industriezölle, Schwärmt aber für recht billige Rohmaterialien, die für sie gleichbedeutend sind mit billigen Löhnen. Nur nothgedrungen sind die Herren Schreyer auf einen Kompromiß mit den Agrariern eingegangen, aber sie müßten, denn sonst hieß es: keine Lebensmittelmittel, keine Zölle auf Eisen, Garne, Genes u. s. w. Wenn sie sich also jetzt gegen eine Anzahl neuer agrarischer Steuern wenden, so ist der Hauptbegrund dazu die Furcht, von ihren landwirtschaftlichen Bundesbrüdern über den Köffel barbart zu werden. Die deutsche Industrie ist auf den Export angewiesen, und kann auf dem Weltmarkt nur durch die größtmögliche Billigkeit ihrer Produkte bestehen; die deutsche „Landwirtschaft“ hat aber schon lange aufgehört, für den Export ihrer Massenartikel zu arbeiten, sie hat nur ein Bestreben: den inneren Markt zu monopolisiren. Daher die relative Mäßigkeit eines großen Theils der Fabrikanten, verglichen mit den unverhältnißmäßigen Forderungen der Herren Großgrundbesitzer. Und daher auch die Erkenntniß der Eberfelderin, daß es mit dem „hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ nichts ist. Wir brauchen eine Politik, die den Arbeitslohn erhöht, sagt sie, und wenn man statt Arbeitslohn Unternehmergewinn setzt, so wird man ihr und ihren plötzlich tugendhaft gewordenen Einbläsern schwerlich Unrecht thun.

— m. Der Militärstaat ist in Preußen-Deutschland eine Wahrheit, und der „Rechtsstaat“ ist eine Dichtung. Das hat jetzt wieder recht deutlich der bereits in voriger Nummer von uns mitgetheilte Ausgang der Hannover'schen Prügelaffäre gezeigt. Die Herren Offiziere hatten sich in der brutalsten Weise gegen die Nachwächter verhalten, die Gesetze so flagrant verletzt, daß sie selbst vom Kriegsgericht zu Gefängnisstrafen von je 5 Tagen bis zu 8 Wochen verurtheilt werden mußten, eine relativ außerordentlich milde Strafe. „Bürgerliche Kanakillen“ hätten mindestens eine zehnmal so hohe Strafe, und wahrscheinlich statt des Gefängnisses sogar Zuchthaus erhalten. Trotzdem waren obersten Militärbehörden die Strafen noch viel zu hoch. Jede Strafe wäre ihnen zu hoch gewesen, denn, wie nach der konstitutionellen Lüge der Monarchie nichts Unrechtes thun kann, so kann nach der militärischen Tradition und Rechtsauffassung ein Offizier nichts Unrechtes thun, wenigstens nicht einer „bürgerlichen Kanakille“, oder einem Organ der „bürgerlichen Kanakille“, was ein Nachwächter immerhin ist.

Wohlan, — der deutsche Kaiser, als oberster Kriegsherr, als Inkarnation des allmächtigen Militärstaats, hat das Urtheil des Kriegsgerichts zwar nicht kassirt — das war formell unmöglich — aber den verurtheilten Offizieren ihre Strafen „in Gnade erlassen“. Für die Unannehmlichkeiten des Prozesses und der Verurtheilung werden sie ohne Zweifel durch Beförderung oder sonstige noch gebührend entschädigt werden.

Durchaus logisch ist das, und zwar hat der deutsche Kaiser nicht bloß die Logik für sich, sondern auch das Recht der Selbsterhaltung. Denn der Militärstaat würde aufhören zu existiren, würde also einen Selbstmord begehen, wenn er die Weichherzigkeit der „bürgerlichen Kanakille“ mit dem Militär jugend, und einen Militär dafür bestrafen wollte, daß dieser einer „bürgerlichen Kanakille“ gegenüber seine Ueberlegenheit als höheres, allein vollenberechtigtes Wesen geltend gemacht. Im alten barockischen Frankreich, welches einst das Ideal der monarchischen Welt bildete und sie im Grunde heute noch bildet, war es genau ebenso. Der Offizier und der Adelige — was ja damals wie heute im Wesentlichen auf dasselbe hinauslief — konnte die „bürgerliche Kanakille“ nach Belieben durchprügeln und todtschlagen oder schlagen; — kein Dahn kränzte darnach; es geschah „von Rechts wegen“. Die dumme „bürgerliche Kanakille“ ließ sich das freilich nicht gefallen; sie hatte so wenig Verständnis für das wahre Recht, daß sie das große Verbrechen, genannt „iranaisische Revolution“, beging. Indeß wurde damit das „göttliche Recht“ nicht aufgehoben; und der moderne Militärstaat läßt sich durch jenes „Verbrechen“ nicht an der Erfüllung seiner „Pflichten“ verhindern — bis ihm durch ein ähnliches „Verbrechen“ das Handwerk auf immer gelegt wird.

— Zeichen der Zeit. Die unerhörte Willkür, mit der die deutsche Polizei bei der Handhabung des Versammlungsrechts den Arbeitern gegenüber verfährt, hat wieder einmal zu förmlichen Ausbrüchen der Volkswuth, „Ausgehungen“ genannt, geführt. Am 27. April hielt der Schriftsteller Schwennhagen in einer Volksversammlung in Hannover einen Vortrag über „Ar-

beit, Freiheit und Bildung“. Er hatte kaum angefangen zu sprechen, als der übermächtige Polizeistich sich erhob und die Versammlung für aufgelöst erklärte. Ueber die Scene, die nun folgte, heißt es in amtlicher Darstellung:

„Zunächst wurden dem Redner einige Bravo's und Hoch's zugerufen, dann aber entstand ein fürchterlicher Lärm, untermischt mit gellen Pfiffen. Die Polizeibeamten wurden mit allerhand Schimpfworten bedacht: Einige schrien „Räuberbande“, Andere: „Spitzbuben“, wieder Andere: „Hoch lebe die Sozialdemokratie, nieder mit der Polizei!“ u. s. w. Dem übermächtigen Polizeikommissarius speziell wurde zugerufen: „Feiger Hund! Komm mal runter!“ (von der Tribüne nämlich) u. s. w. Da der wiederholte Aufforderung desselben, den Saal zu verlassen, nicht Folge gegeben wurde, trieben namentlich die Polizeibeamten, mit langer Säbelklinge die Axttheile, die Axttheile leistende Menge aus dem Saale, was binnen etwa zehn Minuten gelang. Die Volksmenge rottete sich jedoch auf der Straße vor dem Volkssaal zusammen, die Schimpfmannschaft umzingelnd und bedrohend. Letztere war abermals gezwungen, die Menge mit Gewalt auseinander zu treiben, wobei abermals mit der stachen Klinge eingehauen werden mußte. Der größere Theil der Volksmenge wählte sich nun nach dem Regimentsplatz, wo sich die Polizeibeamten von Neuem Widerstand entgegenzusetzen mußten. Unter Schimpfworten, wie „Schmuggeleute“ u. s. w., wurden sogar Steine gegen sie geschleudert, welche jedoch keinen der Beamten trafen. Soweit sie jetzt bekannt, sind Verwundungen überhaupt nicht vorgekommen, namentlich nicht in Folge der ausgeheilten Säbelhiebe. Erst gegen 10^{1/2} Uhr zogen die Massen truppweise, die Arbeiter-Masse feilste singend, von dannen, worauf Ruhe eintrat.“

Kann nicht, auch die Geduld der Geduldigen nimmt einmal ein Ende.

— Kann auch nur im Militärstaat passieren! In der „Berl. Volkszeitg.“ lesen wir:

„Ein Skandal, der sich bei der Schlussvorstellung im Landshuter Stadttheater ereignete, hat eine wirklich recht interessante Wendung erfahren. Derselbe wurde hervorgehoben durch die überlauter Unterhaltung zweier Offiziere, des Hauptmanns im Generalstab von Sonderburg und des Sekondeleutnants Reifreiter im 1. bay. 2. schweren Reiter-Regiment. Da von letzterem die Probe des Publikums unbeachtet blieb und die ausfallende Konversation den Gehör der Vorstellung illusorisch machte, intervenirte der städtische Polizeikommissarius Rabenberger und der fungirende Deputirter wachsthum, doch wurde ihre Anwesenheit von Reifreiter u. s. w. Schimpfworten und mit Drohungen erwidert. Der Stadtmagistrat hat sich nun veranlaßt gesehen, gegen den genannten Offizier Strafantrag zu stellen, der zur weiteren Verhandlung an das Regiment kam. Die Antwort des Regiments, die dem Magistrat zuging und in dessen öffentlicher Sitzung verhandelt wurde, ist wirklich beachtenswerth. Derselbe stellt die Nothwendigkeit einer polizeilichen Intervention im obigen Falle als fraglich hin (als ob das Publikum nicht verlangen könnte, in seinem Rechte auf Gehör einer Vorstellung gegen Unruhstifter geschützt zu werden!), spricht dem städtischen Polizeioffizier die Berechtigung zum Einschreiten gegen die Offiziere geradezu ab und verlangt, daß gegen den Sekondeleutnant Reifreiter wegen unangelegenen Benehmens gegen Offiziere vorgegangen werde. Gelegentlich war der Landshuter Stadtmagistrat seinen Augenblick genutzend, den Rückzug vor dem Regiment anzutreten. Er lehnte das Ansuchen ab, da der Sekondeleutnant nach Lage der Akten zum Einschreiten nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet war; deshalb beschloß er, nachdem das 1. bay. 2. schwere Reiterregiment den Fall nicht anerkennen wollte, beim Staatsanwalt des Militärbezirksgerichts direkten Strafantrag gegen Sekondeleutnant Reifreiter wegen Verübung der Polizei und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu stellen. Kann darf auf den schließlichen Ausgang dieses Konfliktes wohl gespannt sein, da derartige Zwischenfälle in den Theatern auch schon anderswo sich ereigneten, wenn auch nicht immer ein Organ der öffentlichen Ordnung zur Intervention bereit war.“

Kann, der Ausgang wird im günstigsten Falle derselbe sein wie in Hannover: Berufung vor Kriegsgericht, um dem Anstand zu genügen, und allerhöchste Vergnügung, um dem Anstand — auch genügen. Dem Sekondeleutnant wird man die Sache schon aus anderen Beweggründen. So eine Unerschämtheit, von einem Offizier Rückzug gegen das Publikum zu verlangen! Der Keil verdient Zänfungsmaß aufgeschütt!

Öffentlich bringen wir es noch dahin. Der deutsche Spießbürger erntet dann nur, was er sät.

— Wie es gemacht wird, oder Prozentpatriotismus. „In der entlegensten Hütte findet man in Deutschland das Bild des großen Kämpfers“ — so renomirt der Trost der Bismarck'schen unverfälschten in seinen Blättern. Daß die Mehrheit der deutschen Wähler bei den Wahlen regelmäßig gegen Bismarck stimmt, kümmert die Herren dabei nicht; wenn es sich um den Ruhm ihres Nationalhelden handelt, wird jeder Deutsche — ob „Reichsfeind“ oder nicht — zum Bismarck-Anhänger und hat seinen Bismarck an der Wand hängen.

Kann, wie es gemacht wird, um den Bismarck in officio bis in die entlegenste Hütte zu bringen, zeigt folgendes, den Papieren eines norddeutschen Landrathes entnommene Zirkular:

„Lahr, im Februar 1885.“

„Hochgeehrter Herr! „In Rücksicht darauf, daß es sich um ein patriotisches Unternehmen handelt, darf ich mir wohl die ergebene Bitte gestatten, die mitfolgende Bestellsliste über das Bild des Fürsten Bismarck Ihrem Kundsdiener verabsorgen zu wollen, damit sie derselbe geeigneten Kreisen behufs Entgegennahme von Bestellungen in Umlauf setze.“

„Als Entschädigung für seine Kühnheit berechne ich dem Kundsdiener oder dem sonst zur Sammlung von Bestellungen Beauftragten das ungerahmte Bild mit 2 Mark, das eingerahmte mit 3 Mark, jedoch er also 1 bzw. 2 Mark am Stück verdient.“

„Die kleine Ausgabe des Bildes, welche als Probe der Bestellsliste beigegeben ist, dürfte sich zur Vertheilung in den Schulen an Geburtstage des Herrn Reichskämpfers eignen, und liefere ich dieselbe für Gemeinden zu diesem Zweck.“ (Folgt Preisangabe.)

„Empfangen Sie, hochgeehrter Herr, meinen ergebensten Dank für Ihre Gefälligkeit.“

Hochachtungsvoll
Koritz Schaumburg.“

Herr Schaumburg ist der bekannte Verleger des berühmten nationalserotischen „Lahrer hinterden Boten“ — der Mann versteht sich auf Geschäft. Aus purem Patriotismus hat er seinen Bismarck anfertigen lassen und aus purem Patriotismus läßt er dem Kundsdiener pro Bild welches derselbe den armen Leuten für drei Mark ausdrängt, ein Mark Profit, d. h. 33^{1/3}%!

Wie hoch mag sich da wohl sein — Patriotismus belausen!

— Zu den verschiedenen Verurtheilungen wegen Verbreitung von Wahlflugblättern werden uns noch einige aus der Reichstagskammer haben gemeldet, die eine kleine Beleuchtung verdienen. Mehr Arbeiter in Gaggenu, welche in dortigen Wahlkreis Flugblätter zu Gunsten der Wahl des sozialistischen Kandidaten Gevertreiter hatten, erhielten Anfang Dezember vom Amtsgericht Kapfenstranabate in Höhe von je 21 Mark 10 Pf., eventuell 3 Mark 10 Pf., und zwar wegen „Vergehen gegen das Reichspressgesetz“ bzw. das Einführungsgesetz für Baden vom 20. Juni 1874. Natürlich legten sie Berufung ein, vier derselben wurden aber wegen angeblich zu später Annehmung der Berufung zurückgewiesen, und die Rest befristete der Richter — Jahresthron ist der Name dieses Weisen und gerechten Mannes — die Strafe mit der wunderbaren Rotivort er handle sich hier zwar nur um einen kleinen Formfehler (nicht erfolgte vorherige Anmeldung), für den eine Strafe von fünf Mark auch hoch genug wäre, da aber die Zurückgewiesenen den ursprünglichen Strafsatz erliegen müßten, so hieß es der Gerechtigkeit zu Geseht schlagen, wenn er von demselben abzuweichen wolle!

Ein weiser Daniel, dieser Richter, nicht wahr?

Beiläufig war die Zurückweisung keineswegs unanfechtbar. Die betreffenden hatten das Strafmandat am 5. Dezember, Abends 1/2 Uhr erhalten, und die Einsprache am 12. früh zur Post gegeben, so daß die

*) In der Sitzung vom 30. April rief Auer den Herren zu, daß sie einen Raubzug am Volke ins Werk gesetzt, was ihm natürlich einen Ordnungsruf des Präsidenten einbrachte.

es wurde ihm aber durch Jemand der Bescheid, er solle sich nicht sehen lassen, denn der Mann lasse nicht mit sich spassen. Aus diesem Allem werden nun wohl die Genossen erfahren, was für einen Held wir zum städtischen Oberhaupt haben. Und ein solches Subjekt wählt man noch zum Amtsanwalt!

Ein Seitenstück zu diesem gemeinen Kerl ist auch unser Polizeiwachmeister Sommer, welcher seine Kaitresse heirathete, nachdem er sich von seiner Frau hatte scheiden lassen, obwohl er schon Kinder in den vierziger Jahren hat. Sommer, der hier dem städtischen Gefängnis vorsteht, wo nur über Nacht Leute eingesperrt werden, hat sicher schon manchen Menschenleben auf dem Gewissen; denn es haben sich schon Leute ohne allen Grund über Nacht im Gefängnis erdängt, wie auch gar Manche kurze Zeit nach ihrer Entlassung gestorben sind. Wenn dieselben dann auch wegen ihrer mit Blut unterlaufenen Beulen geöffnet wurden, so konstatierten die Ärzte doch jedesmal eine natürliche Ursache des Todes, denn man wird doch nicht einen Beamten wegen eines „Söffling“ zum Mörder machen!

Ferner sei erwähnt, daß sich unser letzter Stadtschreiber wegen Urkundenfälschung aus Furcht vor der Strafe erhängte; daß ein Steuererzähler, welcher bei einer Frau die Steuern abgefordert hatte, und nun, da die Geschichte nicht ohne Folgen blieb, bezahlet sollte, dies aber nicht konnte, da er seinen Gehalt verlor und seine Frau nicht bezahlen wollte, sich erschieszen mußte; daß ein Polizeiergeant (Hinge) dazugegeben wurde, weil er sich um Sachen gekümmert hatte, die ihn nichts angingen. (Er hatte sich bei seinem allzuweisen Spionieren einmal verletzen lassen, von seinem Vorgesetzten — Wachmeister — Sachen auszuspienieren, die er nicht ausplauschen sollte, und darum mußte er weg, und wir haben ihn nicht bebauert, denn er war nicht besser als jener).

So habe ich den Genossen wohl unsere Beamten genug geschildert. Ich bemerke nur noch, daß Alles auf strengster Wahrheit beruht; sollte sich etwa Einer beleidigt fühlen, so könnte ich vielleicht noch mehr erzählen; für diesmal soll es genug sein. Sollten aber verschiedene Sozialistenkreise unter unseren Mitbürgern mit ihren Bemerkungen, Beschimpfungen der Partei und Verdächtigungen von Personen nicht aufhören, so werde ich sie zu finden wissen, und dann an den Pranger mit ihnen, wie ich es heut schon mit dem Tuchfabrikanten Wilhelm Strik gethan hätte, wenn er mir nicht zu — gestreich wäre.

Wilhelm der 355te.

Merseburg, 20. April. Die Unverderblichkeit des Duerfurter und Merseburger Kreises sind in die Lage gesetzt, auch einmal im Parteiorgan etwas von sich hören zu lassen. Zunächst die Nachricht, daß in der großen Regierungstadt Merseburg, also seine Majestät der Veldenkaiser, genannt Kartätschenprinz, von Zeit zu Zeit allernächst zu rasen geruht, und die Niemand im Verdacht hat, eine sozialdemokratische Rührherde zu sein, am 11. April, dem Geburtsstag unseres großen Vorbildes Ferdinand Lassalle, eine blutrothe Fahne geslaggt hat mit der Inschrift: „Ferdinand Lassalle, geboren den 11. April 1825, Kämpfer der Freiheit.“ Wir fassen diese Demonstration als ein Zeichen unserer treuen Anhänglichkeit an unsere Parole auf, an der Niemand zu rütteln im Stande ist.

Was den vorjährigen Wahlkampf anbetrifft, so sind diesmal hier die ersten Stimmen für den Arbeiterkandidaten gefallen, und zwar bezifferten sie sich auf 162 (man könnte auch sagen, 162 Stimmen bewarben sich um eine Jungfrau, die wir in Ehren halten). Dies Resultat erreichten wir ohne besondere Agitation; wir waren zwar mit Flugblättern gut versehen, aber leider fehlten sich der Verbreitung große Schwierigkeiten entgegen. Trotz alledem haben wir einige Hundert unter die Wählerkassen eingeschuggelt, und der Rest ist anderweitig mit Hilfe der Post befördert worden. Ohne das infame Ausnahmengesetz wäre es unserer Behörde nicht so leicht geworden, uns in unserer Agitation zu hindern. Sie verbot nicht bloß die Versammlungen, sondern sie beeinträchtigte auch die Wirthe dahin, und ihre Lokale zu Agitationszwecken zu verweigern. Hier ist das alte Sprichwort wieder einmal am Platze: Seitdem die Bürger sich dem Schutze des Staats haben empfohlen, da haben die Hallunken das Recht ihnen gestohlen.

Was die gegnerischen Parteien anbetrifft, so hat sich namentlich die sogenannte Handwerkerpartei durch allerdah Gemeinheiten ausgezeichnet. So nahmen sie uns nicht einmal die Wohlthanne auf, die wir für den Arbeiterkandidaten bestimmt hatten, und bald wäre es zu Wiederholungen der Szenen des Jahres 1878 gekommen. In welcher brutaler Weise man damals Genosse Ködiger mitgeschloß, ist wohl noch in Aller Gedächtnis. Herr Wölfel ist nämlich der Nachbar des hiesigen Käseblattes, und das sagt Alles. In einer konservativen Versammlung nahm ein Genosse Gelegenheit, die sogenannte Handwerkerpartei etwas stark herunterzufahren. Die einfache Folge davon war, daß der Genosse durch den Einfluß des brutalen Wölfel ohne Grund und Ursache gemahregelt wurde. Wir werden es den Herren aber bei der nächsten Wahlbewegung vergelten! Es kommt gewiß das nächste Mal zur Stichwahl zwischen den Konservativen und der sogenannten Handwerkerpartei, da werden wir wohl unsern jetzigen Vertreter aus seinem Lager heben, denn wir geben dann in Duerfurter und Regdeburger Kreis den Ausschlag. Der brutale Wölfel ist für hier schon aus dem Sattel gehoben, so daß es ihm nicht möglich sein wird, ein weiteres Mandat hier annehmen zu können. Was seinen Nachfolger Panse anbetrifft, so ist derselbe der Sohn eines Raumburger Juristen. Er erlernte die Dekonomie, wurde schließlich Inspektor auf Nittergut Kleineisfeld, und als sein Prinzipal plötzlich starb, heirathete er die junge Witwe. Auf diese Weise wurde Herr Panse Nittergutbesitzer. Agitationsreisen überließ Herr Panse dem brutalen Wölfel, der seine Unwissenheit in wahrhaft grotesker Weise zur Schau trägt.

Rathilde Rothhäppchen.

Augsburg. Es ist an der Zeit, daß aus hiesiger Gegend auch wieder einmal ein Situationsbericht im Parteiorgan zur Veröffentlichung gelangt. Was die letzten Reichstagswahlen anbetrifft, so können wir mit einiger Genugthuung konstatieren, daß der große Rückgang der Stimmengewinne des Jahres 1881 diesmal sowohl hier als in Lechhausen wieder wett gemacht worden, während Oberhausen seinen früheren höchsten Stand wieder erreicht und Pforse denselben sogar überstiegen hat. Wenn die Stimmengewinne somit auch gegen die in den meisten größeren Industriebezirken Deutschlands erzielte nur einen geringen Fortschritt der Bewegung aufweist, so kann man in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse doch damit zufrieden sein. Erstens sind die wenigen Genossen hier am Platze, welche im Stande wären, unsere Prinzipien öffentlich darzulegen, aus Existenzsicherheiten daran verhindert. Doch dies wäre noch das Wenigste, denn man hat unter der Aera des Sozialistengesetzes hier so gut wie an anderen Orten gelernt, auch ohne öffentliche Agitation auszukommen, allein man hatte nicht einmal hinreichend Leute zum Bertheilen der Stimmzettel, geschweige denn zum Austragen der Wahlflugblätter. Jedem Arbeiterkandidaten nämlich, der sich den obengenannten Zwecken widmet, ist, wenn ihm auch die Polizei nichts anhaben kann, die Entlassung aus der Arbeit und die Einschließung in die „Schwarze Liste“ der hiesigen Fabrikanten sicher. Wir können dreist behaupten, daß wir in Augsburg sowohl als in der Umgebung 40 Prozent mehr Stimmen erhalten hätten, wenn uns die nöthigen Leute zum Bertheilen des Wahlmaterials zur Verfügung gestanden hätten.

Als Beweis dafür, daß die Furcht der Leute nur zu sehr begründet ist, möge folgende Thatsache dienen. Bei einem jungen Genossen wurde Haussuchung gehalten, das Resultat derselben war aber ein solches, daß die Polizei ihm nichts am Zeuge finden konnte; aus Born hierüber hat unser durch seine Dummheit und Frechheit bekannter Oberrottmüller Dbig in Gemeinschaft mit dem Gensdarmereferenten Ziegler von Lechhausen — welcher letzterer immer mit Kathos erklärt, daß er Niemand wegen politischer Anschauungen schädigen wolle — dem Direktor und Werkmeister der Fabrik, in welcher genannter Genosse beschäftigt war, solange mit Schiltierungen von der Gefährlichkeit dieses „Menschen“ zugeführt, bis denselben gefänglich wurde.

Nun Einiges über die sonstigen Vorkommnisse. Anlässlich der Sammlung zur Bismarck-Spende wurde es hier so toll als möglich getrieben. In der „Reichsanischen Baumwollspinn- und Weberei“, in der ca. 1300 Arbeiter beschäftigt sind, wurde ein Aufruf angeheftet, in welchem auf Wunsch „vieler Arbeiter“ zu Beiträgen für die Bismarckspende aufgefordert wurde, mit dem Bemerkten, daß man sich auf dem Komptoir einzufinden könne, doch dürfe der Betrag nicht unter 10 Pf. sein. Daß die „Ottosennig“-Sammler noch unverschämter sind als die Peterspennig-Sammler, hat Niemanden gewundert, doch daß sie so frech sind und Arbeitern, wie denen in genannter Fabrik, von welchen mindestens 80 Prozent nur zwischen 10 und 18 Mark in

vierzehn Tagen verdienen, noch zumuthen, daß sie freiwillig auf das Komptoir laufen, um einen 20fachen Willkür beschenken zu helfen, das hätten selbst wir nicht erwartet. Als nun kein einziger Arbeiter hinging, schickte man die Meister mit der Liste zu jedem einzelnen Arbeiter an seinen Arbeitsplatz, und als auch hierbei noch zu wenig ergattert wurde, mußten die Meister zum zweitemale mit der Liste herumgehen, wobei die Andeutung fallen gelassen wurde, daß diejenigen, welche nichts geben, schlechtere Arbeit bekämen oder entlassen würden. Dies half; denn daraufhin gaben die meisten Arbeiter — auch Frauen und Kinder wurden angebettelt — „freiwillig“ ihr Scherlein.

Auf ähnliche Weise wurde es auch in der Maschinenfabrik Augsburg getrieben, während man in mehreren anderen Fabriken bloß sammelte und nicht erpreßte, und in etwa fünf größeren Fabriken so anständig war, gar nicht zu sammeln.

Ein Fabrikant gab zweitausend Mark zu der Spende mit dem Motto: „Aber meine Arbeiter in Ruhe lassen.“ Es sind eben noch nicht alle hiesigen Fabrikanten Hausknechte unseres Bürgermeisters von Fischer, des samofen Begründers der miserabelsten aller Parteien — der deutschen Reichspartei. Seitens der Aktionäre wurden in den größeren Fabriken gleich mehrere tausend Mark zum Bismarckmüchel gesendet, während ein verunglückter Arbeiter erst prozessieren muß, wenn er für seine eingebühten Kniebe ein paar lumpige Mark Entschädigung will. Allen voran war die Göttinger Käsefabrik mit 4000 Mark. Und trotzdem diese Fabrik Millionäre auf solche Weise beschenken kann, trotzdem sie 15 Prozent Dividenden bezahlt, muß der Hohl auf Käsefabrik erhöht werden; damit es den Näherinnen, welche dieser Hohl meistens trifft, nicht zu wohl wird.

Zu erwähnen ist noch eine höchst interessante Affäre, welche sich hier kürzlich abspielte. Als vor mehreren Jahren die deutschen Baumwoll-Industriellen in Augsburg tagten und nebenbei die hiesigen Fabriken besichtigten, wurde von einem rheinischen Fabrikanten in einem Artikel, der durch verschiedene Zeitungen lief, die Baumwollspinnerei am Stadtdach dahier als Musterfabrik geschildert. Der Mann nun, der diese Fabrik soweit brachte, daß sie diesen Titel in den Augen eines Fabrikanten verdiente, ist kein Anderer als der Gerant und „Kommerzienrath“ Theodor Dähler. Dieser nette Herr hat sich in Augsburg dadurch besonders hervorgethan, daß er dafür sorgte, daß in der Fabrik, wo er maßgebend war, die schlechtesten Löhne bezahlt wurden. Ferner ist Dähler Verfasser der über alle Massen reaktionären Statuten der hiesigen Fabrikantenkassen, denn die meisten hiesigen Fabriken haben dieses Nachwerk Dähler's für sich akzeptirt.

Dieser „Kommerzienrath“ nun, welcher Arbeitern, die mit 400—500 Mark Jahresverdienst nicht auskommen konnten, im Gesicht sagte: „Sie verstehen nicht zu sparen“, hatte bis jetzt 5 Prozent des Reingewinns als Gehalt, was jährlich ungefähr 60,000 Mk. ausmachte, freie Wohnung, eigene Equipage — Gärtner, Schweizer u. gar nicht mitgerechnet. Das war aber diesem „Sparapostel“ noch zu wenig, denn er stellte wiederholt die Forderung auf 7 Proz. des Reingewinns, d. h. auf etwa 240,000 Mk. Zulage. Da diese Forderung dem Ausschichtungsamt noch ein bißchen zu hoch schien, folglich keine Aussicht vorhanden war, das Verlangen durchzusetzen, wußte sich der „Sparapostel“ Herr Dähler dadurch zu helfen, daß er die nicht zu erlangenden Prozente sich im Voraus sicherte. Der Einfluß, den ein Oberpalcha von der Sorte Dähler's auf die handrutschenden Angestellten einer Fabrik ausübt, ist bekannt. Mittels dieses Einflusses nun wurden zu den ca. 1200 existierenden Lohnslaven noch ein paar Duzend nicht existirende hinzugezählt und die Löhne dafür ausbezahlt. Da nun Nichtexistierende selbstverständlich keine Lohnempfänger sein können, so war der Herr Kommerzienrath so herablassend, dies Amt zu übernehmen, und so hatte die Sache Stimm und Bestand. Kochte man 2 Prozent Reingewinn zu 24,000 Mk., 4 Duzend Lohnslaven pro Stück 500 Mk. = 24,000 Mk., so möchte man mit unsern so fromm gewordenen Liberalen ausruhen: „Welche Wendung durch Gottes Fügung!“

Dies sind so einige Beispiele von den Zuständen in der ehemals berühmten „Augsburger“, der Stadt, welche die höchsten Sterblichkeitsziffer aller Großstädte Deutschlands aufweist, und hinsichtlich des Fleischkonsums zu den geringsten zählt. Doch Eins hätte ich bald vergessen: Augsburg hat im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl den höchsten Beitrag zur Bismarckspende geliefert — nämlich 56,000 Mk., und dies gerührt Alles aus!

Unsere servile Presse, die von den genannten Uebelständen nicht das Geringste erwähnt, rühmt sich natürlich mit diesem Resultat zur Bismarck-Spende!

Solche ungesunde Verhältnisse werden aber nicht eher beseitigt werden, als bis die Sozialdemokratie auch am hiesigen Platze zu größerer Bedeutung kommt; hierzu ist aber nöthig, daß Jeder seine Pflicht thut, und besonders die alten Genossen aus ihrem Schlafrauschen sich ein wenig aufraffen und bei Reinigung des großen „Kugias-Stalles“ mithelfen.

Der rothe Kritikus.

Nachdem durch die Ausführung der Redaktion und Fraktion in Nr. 17 des „Sozialdemokrat“ die in Nr. 14 veröffentlichte Fraktions-Erklärung eine wesentliche Modifikation erhalten hat, glauben wir im Interesse der Partei zu handeln, wenn wir unsere Antwort im „Sozialdemokrat“ auf einige Worte beschränken und die Begründung unseres Standpunktes in einem ausführlichen Schreiben an die Fraktion antreten.

Wir erklären die Behauptung der Fraktion, daß die Abfassung oder die (sehr beschränkte) Verbreitung unserer Resolution offenbar der Absicht entsprungen sei, eine Kei-Entzweiigungsbewegung gegen die Fraktionsbeschlüsse hervorgerufen, als völlig grundlos und durch nichts von der Fraktion erwiesen;

wir erklären es ferner als ein Recht der Parteigenossen, in allen Fragen ähnlicher Art direkt mit einander in Verbindung zu treten — ein Recht, das abzusprechen die Fraktion in keiner Weise befugt ist;

wir erklären endlich das Verlangen der Fraktion, das Parteiorgan dürfe unter keinen Umständen in Gegensatz zur Fraktion treten u., als ein durchaus unberechtigtes, weil der „Sozialdemokrat“ das Organ der Gesamtpartei und nicht des der Fraktion ist, und weil die Fraktion als Parteivertretung der Kritik und Kontrolle der Parteigenossen ebenfotig unterstellt sein muß wie jeder andere Genosse. Im anderen Falle wäre die freie Meinungsäußerung unterdrückt, und die konsequente Folge wäre die Unschickbarkeits-Erklärung der Fraktion, welche in jeder Kritik einen „Angriff“, offen oder versteckt, erblicken könnte.

Die Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten in Zürich.

Die Genossen in Genf stimmen mit allen gegen eine Stimme für die Resolution der Londoner Genossen und den Frankfurter Aufruf, bemerkt wurde aber, daß die Frankfurter Genossen in einigen Punkten eine etwas weniger leidenschaftliche Sprache hätten gebrauchen können.

Die Genossen drückten den Wunsch aus, die Namen derjenigen Abgeordneten zu erfahren, welche für die Vorlagen und die Erklärung gestimmt hätten.

Den Abdruck des in voriger Nummer angekündigten Protestes der Königsberger Genossen haben wir auf Grund und iustizischen geordneter Mittelungen und da wir von den Einsendern ausdrücklich dazu autorisirt worden, einstweilen verschoben.

Zu spät für diese Nummer erhielten wir eine Erklärung aus Offenbach und eine aus London, erstere gegen letztere für den Frankfurter Aufruf.

m. Bei der Reichstagsfraktion sind Zuschriften eingelaufen, in welchen Gegenproteste gegen einige in Nr. 17 des Parteiorgans enthaltene Kundgebungen angekündigt sind. Natürlich hat die Fraktion entschieden abgelehnt. Der Zwischenfall, welcher zu jenen Kundgebungen Veranlassung gab, ist erledigt, und es wäre thöricht, eine Polemik fortzusetzen, welche gegenstandslos geworden ist.

Zur Beachtung.

Um etwaigen Inkonsequenzen aus dem Wege zu gehen, haben wir beschlossen, in Zukunft nur den Familien derjenigen Ausgewiesenen

Unterstützung zukommen zu lassen, welche als aktive Genossen der Partei angehört und während ihrer Mitgliedschaft die übliche Parteifeuer entrichtet haben. Unserer Partei nicht angehörende Ausgewiesene erhalten nur ein bestimmtes Reisegeld.

Um mögliche Weiterverbreitung unseres Beschlusses in den der Partinäheliegenden Kreisen erreicht alle hiesigen Genossen

Die Zeitung für Leipzig-Stadt und Land.

Erklärung.

Ein Herr Paul Thiele (Rahmmaschinen-Agent) aus Deutschland — abwechselnd in Basel, St. Johann, St. Ludwig, Zürich, Bern, Genf u. — ist uns in keiner Weise näher bekannt. Seine Berufung, „daß er verschiedene Genossen hier in Genf kenne“ und daß „er in Basel als politisch verdächtig behauptet sei“, bieten keine Vertrauensanhalte.

Dagegen verluhte derselbe die Frau eines Basler Genossen in diesen selbst über Dinge auszuforschen, nach denen er nicht fragen hat.

Dies zur Kenntnismahme für Alle, die es angeht.

Die Züricher Vertrauensleute.

Zur Warnung in Nr. 7 des „S. D.“

Es ist ein Irrthum, daß der in Nr. 7 signalisirte Denunziant Martin Bayerlein heißt. Derselbe heißt vielmehr ihatthä

Martin Deurlein,

ist pensionirter Sergeant und wohnt Schafflerstraße Nr. 2 II. München. Er ist Denunziant und fortgesetzt verdächtig, Bigilant für die hiesige Polizei thätig zu sein.

Die Münchener Vertrauensleute.

Briefkasten

Der Redaktion: Einwendungen aus Rathenow, Basse, Ebingen, Schweinfurt, London u. in nächster Nummer. O.-a. in Brüssel: Die betr. Notiz in Nr. 12 ist, wie auch ihrem ganzen Inhalt ersichtlich, von Niemand „eingefendet“, sondern von der Redaktion verfaßt. Wir waren aber damals so erlaunt, daß wir so ganz ohne Nachrichten über die Ausweisungen blieben, mußten eben doch die Sache, soweit wir aus den Zeitungen unterrichtet, im Blatt erwähnen. Dies zur alleseitigen Aufklärung. L. H. in London: Protest u. für diese Nummer zu spät erhalten. Von dem Abdruck Ihres „Eingefendet“ glaubten wir um so eher Abstand nehmen zu sollen, als dessen Inhalt sich mit dem gleichzeitig eingesandten und veröffentlichten Protest deckte.

Der Expedition: S. B. B. Fr. 2 — Kb. 2. Du. erh. — D. Ber. B. Fr. 8 — 2 Kb. 1. Du. u. 1 Kb. 2. Du. Bibliothek und Kb. 2. Du. Dtsch. Ber. B. Fr. erh. — Stg. Frn.: Bwfl. 170 Kb. Du. B. Fr. erh. — W. B. Fr. 3 — f. Schft. erh. „Daniel L. 2.“ läßtst vergriffen. — Himmell. —: W. 300 — pr. Kb. u. Schft. Co. uitgebr. und Garth. Nr. Fds. gebucht. Abg. geordnet. S. B. Fr. 9 — g. W. 290 Kb. Mai u. Juni erh. — S. D. B. Fr. 585 Porzuchlag bis Ende Juni u. Schft. erh. Bllg. mit 18 fort. Nova: W. 2205 Kb. 4. u. 1. Du. f. die. Kb. erh. Weiteres folgt. — Feuerblume: W. 60 — a. Kb. u. Schft. 2. Du. u. 1. Kb. 2. u. 3. Du. erh. Garth. uitgebr. Bllg. folgt. — S. B. W. 190 Kb. 2. Du. durch W. erh. — C. S. B.: W. 750 Kb. 1. u. 2. Du. erh. — S. B. Fr. 6 — Kb. 1., 2. u. 3. Du. erh. — J. von: W. 65 — erh. B. erwartet. — S. Amst. Stg.: Fr. 5 — 2. Du. u. Schft. erh. — R. B. Fr. 60 Kb. pr. Ubs. dh. — V. a. a. a.: Fr. 12 — erh. u. hievon Fr. 290 pr. 2. Du. Kb. u. Schft. u. Fr. 910 Kb. 2. Du. „S. D.“ und Schft. erh. C. Fr. 5's Brief verlegt zu haben. Fehendes ging nach G. Erh. fort. — h.-u.: W. 380 a. Kb. u. erh. B. Weiteres. Abdr. u. notirt. S. Fr. B. Fr. 35 — a. Kb. u. erh. — K. S. R. a. S. W. 3 — Kb. 2. Du. erh. — Dan. Bllg. St. Gall.: Fr. 2 — Du. erh. Sie hatten bei uns nicht abonniert, woher sollen wir also Ihre Namen u. wissen? — D. alte Unverderbliche: W. 430 Kb. 2. Du. erh. Abdr. notirt. — Torflaster: W. 1673 Kb. Rest 1. Du. u. April erh. B. Weiteres. — Onel: B. v. 4/5. erh. u. Besuch weiter besorgt. Warum sandten Sie es nicht gleich an bekannte Abdr. draußen?

Aufruf.

Wilhelm Spedmann aus Rheda in Westfalen, 1865 in In dianapolis (Amerika) ausgewandert, wolle seine Adresse bei der Erbschaftsregulierung schleunigst an Unterzeichneten mittheilen lassen.

Auskunft über Spedmann's jetzigen Aufenthalt wird gleichfalls allearbeiten an die Expedition des „Sozialdemokrat“ oder an August Kleine, am Bach Nr. 38. (Nr. 120) in Diefeld.

Gesuch.

Ein verheiratheter Mann, 34 Jahre alt, sucht, da er gesundheitshalber sein erlerntes Geschäft als Eigengewerke nicht mehr betreiben kann, ein anderweitige Beschäftigung, vielleicht als Magazinier, Kontroleur, Bureaudienst, Expedient, Schreiber oder Kausler u., und wird hiebei bemerkt, daß derselbe eine sehr gute Handschrift besitzt. Auch könnte derselbe eine Wirtschaft pachtweise oder als Wirtschaftsführer übernehmen, oder den Ausschank einer Brauerei, er in letzter Zeit eine Wirtschaft führte, jedoch wurde ihm hiebei durch ein Wirtverbot die Existenz unmöglich gemacht.

Diesem Genossen, welche in dieser Angelegenheit etwas thätigen können, werden ersucht, es bald zu thun, da der Betreffende schon seit dem 1. März existenzlos ist und sich mit seiner Familie in keiner rößigen Lage befindet, da er in seinem jetzigen Wohnort keine Beschäftigung, nicht einmal eine Wohnung mehr bekommen kann — und Alles deshalb weil er sich um die Sache der Arbeiter angenommen hat.

Offerten sind zu richten an

Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

Soeben erschien und ist durch Unterzeichnete zu beziehen:

Sozialdemokratisches Liederbuch.

Nicht veränderte und vermehrte Auflage.

Preis: Gebunden 40 Pf. (50 Cts.)

„ Brochirt 30 Pf. (40 Cts.)

Volksbuchhandlung und Expedition des „Soz.“ Hottingen-Zürich.

Zürich Samstag, 9. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale Kafe Kehler:

Geschlossene

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Wichtige Parteianglegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Sozialausschuß

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.

Section New-York.

Sitzung des Centralcomites jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, 622 Allen und Douglas Street.

Jeden Samstag finden Versammlungen Nat. Röhrens in „New-Yorker Volkszeitung“, besonders Freitags und Samstags.

Schweizerische Genossenschaftsdruckerei in Hottingen-Zürich.